

Redaktion und Verwaltung: ...

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus ...

3. Jahrgang.

Samstag, 14. Juli 1923.

Nr. 162.

Ernte Mahnung.

Die Erklärung, welche der Ministerpräsident Baldwin am Donnerstag im englischen Unterhause über die Stellung Englands zur Reparationsfrage abgegeben hat, wird trotz ihrer verbindlichen Form den Urhebern des Ruhrbruchs nicht angenehm in den Ohren klingen.

Der Eindruck der Rede Baldwins.

Berlin: Baldwin hat die deutschen Anschauungen unterstützt. — Die Rede — ein Erfolg der Politik der deutschen Sozialdemokratie. — Zur Einsicht Frankreichs ist noch ein weiter Weg.

Berlin, 13. Juli. (Eigenbericht.) Im Allgemeinen hat man von der Rede des englischen Premierministers einen sehr guten Eindruck, wenn man sich auch keine übertriebenen Hoffnungen auf ihren Einfluß auf Frankreich macht.

Grey gegen Frankreichs Militarismus.

London, 13. Juli. (N.M.) Nach der gestrigen Erklärung Lord Curzons im Oberhaus über die britische Politik in der Reparationsfrage folgte eine kurze Rede Greys.

Die Erklärung Lord Curzons im Oberhaus über die britische Politik in der Reparationsfrage folgte eine kurze Rede Greys.

Nach Lord Grey fragte Lord Birkenhead in der gestrigen Oberhausdebatte, was geschehen würde, wenn die französische Regierung mit der britischen Antwort nicht einverstanden sein würde.

win erkennt die Zahlungspflicht Deutschlands nur im „Ausmaß seiner Leistungsfähigkeit“ an. Der Betonung dieser einschränkenden Übereinstimmung mit Frankreichs Politik läßt Baldwin gleich darauf stärkere Töne folgen.

ständigen Zusammenbruch dieses Systems in der Zukunft, eingetrieben werden wird. England empfindet seit Jahr und Tag auf das schmerzhafteste an seinem Wirtschaftskörper, daß die Politik der französischen Imperialisten zum Ruin Europas führe und es ist nicht blind genug, wie etwa der französische und tschechische Nationalismus, daran Freude zu empfinden.

Die Erklärung Macdonalds.

Im Unterhause folgte auf die Regierungserklärung die Debatte. Ramsay MacDonald, der Führer der Opposition, benützte seine nachträglichen Anfragen dazu, um im Namen der Labour Party die tiefste Hoffnung auszusprechen, daß die Bemühungen der Regierung vom Erfolge begleitet sein werden.

Der Eindruck in Brüssel.

Brüssel, 13. Juli. (Ag. Bel.) Belgische Regierungskreise erklären, wenn man auch den Wortlaut der Rede Baldwins abwarten müsse, so könne man doch schon sagen, daß die von Baldwin ausgesprochenen Gedanken eine Entspannung bedeuten und die Annahme gestatten, daß die diplomatischen Besprechungen unter den Alliierten weit davon entfernt sind aufzuhören und mit erhöhter Intensität fortgesetzt werden.

Das Echo in der Presse.

London: London, 13. Juli. Die Blätter billigen zum Verwundern einmütig die Regierungsvorgeschlagene Initiative. „Times“ sagen: Der vorgeschlagene Schritt ist keineswegs drastisch. Er bedeutet nichts und braucht auch nicht einen Bruch mit den Alliierten zu bedeuten.

„Daily Telegraph“ schreibt: Die französische öffentliche Meinung wird den Eindruck gewinnen, daß wir in den Geist unerschütterlicher Freundschaft und Achtung Frankreichs und Belgiens, der in der ganzen Regierungserklärung sich so stark ausdrückt, unsere Hoffnung legen.

„Morning Post“ begrüßt die Mitteilung, daß die Antwort an Deutschland keine separate sein wird, sondern daß sie den Alliierten vorgelegt werden wird und hofft, daß diese einmütig gebilligte Antwort Erfolg haben wird.

„Daily News“ begrüßt die Erklärung als die beste und klügste Rundgebung seit dem Waffenstillstand und hält es nicht für wahrscheinlich, daß gegen dieselbe irgendwelche Einwendungen, sei es daheim oder im Ausland, vorgebracht würden.

„Westminster Gazette“ äußert sich zu der Erklärung dahin, daß in ihr ausgedrückt werde, Britannien bereite sich vor, die Führung zu übernehmen in dem Bestreben, dem Zusammenbruch Europas vorzubeugen.

„Daily Chronicle“ spricht die Befürchtung aus, daß wenig Hoffnung auf die Zustimmung Frankreichs zum britischen Antwortentwurf an Deutschland bestehe.

„Manchester Guardian“ sagt: Durch weise Initiative wurde jetzt endlich der Weg zur Lösung der europäischen Probleme geöffnet.

Berlin:

Berlin, 13. Juli. Wenn auch die Rede Baldwin im Unterhause nicht die sehnlichst erhoffte Entscheidung gebracht hat, so ist doch die Mehrzahl der Berliner Blätter von dem von Baldwin angekündigten Plan nicht unbefriedigt.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bezeugt es, daß durch die englische Aktion der tote Punkt überwunden werde, das Ruhrproblem aus dem Stadium der tödlichen Stagnation herausgeführt und einer Lösung nahegebracht werden soll. Daß Baldwin den Wunsch hat, auch weiterhin mit Frankreich zusammenzuarbeiten, daß er nichts für Deutschland übrig hat und rein englische Interessen vertritt, wird niemandem in Deutschland wundern. Ob allerdings die französische Politik England gestatten wird, diesen Kurs noch lange zu verfolgen, ist eine andere Frage.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt, das deutsche Volk wird der englischen Regierung aufrichtigen Dank wissen für ihre Bemühungen, die Reparationsfrage im Sinne des Interesses aller Kulturvölker zu lösen. Wir glauben, in dem englischen Plane, soweit Baldwin seine Grundzüge bisher angedeutet hat, eine Erfolg versprechende Grundlage für eine internationale Lösung der Reparationsfrage erblicken zu dürfen. Aber etwas anderes ist es, die Frage zu beurteilen, ob die ergangene erneute Einladung an Frankreich ein Weg zur Beschleunigung dieser Lösung sein wird.

Der „Vorwärts“ sagt: Das Gewicht der Gründe, die England zu einem behutsamen Vorgehen veranlassen, zugleich auch die Absicht des englischen Premierministers, die Volkmeinung in Frankreich und Belgien nicht einseitlich gegen sich aufzubringen, werde in Deutschland gewiß volle Würdigung finden. Deutschland kann vorläufig in der Hauptsache nichts anderes tun, als das Ergebnis der angekündigten neuen Pointe Englands abwarten, d. h. die Kapitulation vor Poincare verweigern und einen inneren Zusammenbruch verhindern.

Rom:

Rom, 13. Juli. „Giornale di Roma“ führt aus, die Rede Baldwin sei sehr höflich gegenüber Frankreich. Die Ankündigung einer Sonderantwort Englands biete keinen Grund zu Beforgnissen, da auch Frankreich früher auf eigene Faust Deutschland geantwortet habe. Der Vorschlag nach Einsetzung einer internationalen Kommission zur Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands werde zweifellos in einer Art erfolgen, daß die französische Empfindlichkeit geschont und die Stellung der Reparationskommission nicht herabgemindert werde.

Venez bei Curzon.

London, 12. Juli. (Savas.) Lord Curzon hat heute Dr. Venez empfangen.

London, 13. Juli. Außenminister Doktor Venez war am Mittwoch zu einem Mittagessen bei Lord Curzon geladen, an dem auch Minister Baldwin und Minister Lord Curzon teilnahmen. Der Mittwoch und der Donnerstag waren mit Unterredungen mit einer Reihe von politischen Persönlichkeiten und mit Handelsvertragsverhandlungen mit dem Handelsminister Lloyd George, bei denen ein vollständiges Einvernehmen erzielt wurde, ausgefüllt. Am Donnerstag nachmittag wurden die Verhandlungen zwischen Außenminister Dr. Venez und Lord Curzon über ischodslowakische politische Fragen und mit Lord Cecil über den Völkerbund fortgesetzt. Auch die Handelsvertragsverhandlungen schreiten weiter vorwärts und dürften am Donnerstag ihren Abschluß finden.

Banterotte Jugend.

Von Franz Hill.

„Wir sind als Tote auf der Welt auf Urlaub.“

Es ist unbekannt, wo der 19jährige Rudolf Novosjatz und seine jungen Freunde diese Phrasen aufgeschrieben haben, die ihnen offenbar so gewaltig imponierte, daß sie ihr schließlich hemmungslos unterlegen sind. Es ist ein Leitmotiv, das keine Lebensfreude kennt und aufkommen läßt, und der etwas mystische Sinn, den die verstiegene Redewendung vertritt, birgt zugleich eine Welt- und Lebensverneinung, die der Jugend innerlich fremd ist. Nur eine an der Seele kranke Jugend kann so sprechen. Denn wirkliche, gesunde Jugend ist Sonne, Lebensfreude, Zukunftshoffen. Und die Seele der wahren Jugend trinkt helles Sonnenlicht, freut sich an der großen allgewaltigen Schönheit und jubelt mit der Erde.

Rudolf Novosjatz und seine Freunde aber brüteten finstere Machepläne, schmiedeten in den rauchigen Stuben entlegener Vorstadtviertel dunkle Komplote, fällten wohl um die Mitternachtsstunde schaurige Todesurteile und Rudolf Novosjatz ward bedenkenlos zum kalten Vollstrecker. Und er kam, als die fürchterliche Tat geschehen war, die wohl auch das Bewußtsein eines verstorbenen Verbrechers erschüttert hätte, ohne jede Spur einer Aufregung, innerlich stark und unerschütterlich, in den Kreis seiner Freunde und berichtete ihnen, daß der Verräter nun „erledigt“ sei. Keine innerliche Zerknirschtheit, kein kalter Fieberschauer zeigt von dem fürchterlichen Bewußt-

Bolschewismus und Judentum.

Von Karl Rautskh.

I.

Das jüdische Proletariat hat keine Klasseninteressen, die von denen der anderen Proletariat verschieden wären. So hat es auch keine anderen politischen und sozialen Aufgaben als sie. Damit ist natürlich nicht geleugnet, daß die Lage des Judentums in Osteuropa eine ganz eigenartige ist. Aber diese Eigenart bewirkt bloß, daß der jüdische Proletariat an den Aufgaben, die ihm mit dem übrigen Proletariat gemeinsam sind, ein ganz besonderes großes Interesse hat. Der jüdische Proletariat hat nicht nur als Proletariat, sondern auch als Jude ein besonderes Interesse an der Demokratie, an der Bewegungsfreiheit und an der Gleichberechtigung aller Staatsbürger sowie an dem Schutz der Minderheiten.

Das gilt für alle Staaten, auch für Rußland. Es ist richtig, daß die Sowjetverfassung den Proletariaten mehr zu bringen verspricht, als die Freiheit, Gleichberechtigung und den Schutz der Minderheiten. Sie wollte sie zu einer privilegierten Klasse erheben, der gegenüber die Bauern niederen Rechts, alle anderen Volksschichten völlig rechtlos sein sollten. Auch manchem Juden brachte die bolschewistische Diktatur mehr, als die Demokratie ihm gebracht hätte. Die Juden waren ebedem mehr bedrückt als jede andere Schicht der Bevölkerung des zarischen, dabei rührigen und intelligenten als die Masse seiner bäuerlichen Bewohner. Daher hatten sie besonders viel Grund und besonders stark die Energie gehabt, dem zaristischen Regime feindlich gegenüber zu treten. Sie waren unter den Revolutionären aller Richtungen stets zahlreich vertreten gewesen, also auch unter den Bolschewiki. Als diese die Diktatur eroberten, wurden damit nicht wenige Juden aus den verachteten Parias zu unumschränkten Herrschern in einem Weltreich erhoben. Was in dem Buch Esther für das Judentum im Perserreich des fünften Jahrhunderts vor Christi erräumt worden war, erschien nun, im 20. Jahrhundert nach Christi, erreicht. Der neue Marbochai wurde jetzt ebenso wie sein Vorgänger im alten jüdischen Roman zum zweiten Rang im Staate erhoben. Ueber ihm stand nur noch der König Maschavros, und er durfte jeden seiner Feinde, von Saman angefangen, unbringen lassen.

Indessen, ein Sieg des jüdischen Volkes war diese Erhöhung einzelner Juden durch den Bolschewismus nicht. Die jüdischen Kapitalisten wurden natürlich ebenso, wie die anderen, nicht bloß expropriert, sondern auch rechtlos gemacht und mißhandelt. Das gleiche geschah mit allen jüdischen ebenso wie nicht jüdischen Intellektuellen, die nicht nach der bolschewistischen Weise tanzen wollten, sondern vor dem verderblichen Rattenfänger warnten.

Bald aber wendete sich das Sowjetregime auch gegen das Proletariat, und dabei wurde das jüdische ebenso getroffen, wie das nicht-jüdische.

Der Bolschewismus hatte seine Diktatur unter dem Namen der Diktatur des Proletariats ausgerichtet zu dem Zwecke der sofortigen Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft. Sie sollte geschaffen werden durch Zerschlagung aller bestehenden Mächte — Zerschlagung der Bureokratie, der Armee, der Kapitalistenklasse, des Großgrundbesitzes. Aus diesem Trümmerhaufen sollte im Nu der Sozialismus emporsteigen.

Wir wissen, daß es ganz anders gekommen ist. Für den Sozialismus waren in Rußland die Bedingungen nicht gegeben und die Methode, ihn zu erreichen, wäre unter allen Umständen verfehlt gewesen. Es gelang, die alten Mächte zu zerschlagen, aber man zerschlug mit ihnen auch das ganze wirtschaftliche Leben. Das Ergebnis war nicht der Sozialismus, sondern der Bankrott auf allen Gebieten.

fein einer Blutschuld und kein Grauen schüttelt den jugendlichen Missetäter. Es ist eine dämonische Kraft, die sich in dieser jugendlichen Verbrecherseele offenbart, die alle Gefühle des Mitleids und der Menschlichkeit ausgelöscht hat, und neben der jedes Sittlichkeitsempfinden stumpf geworden ist. Schon die seltsame Art, wie diese Jugend ihre Zeit verbringt und ausfüllt, läßt mit geradezu schrecklicher Deutlichkeit erkennen, daß hier die Gesetze des normalen Denkens aufgehoben sind. Nichts von Wissensbegierde, die den Blick des jungen Menschen nach vorwärts lenkt und nach aufwärts richtet, keine Freude an dem Lernen, die den Drang nach der Zukunft und nach eigener persönlicher Lichtigkeit erkennen läßt, und die schließlich zum sicheren Kompag des Lebens wird. Anstatt Büchern und Lehrbüchern stehen in den Stuben dieser jungen Burschen Flaschen mit Chemikalien und Giften, Büchsen mit Kraft- und Sprengmitteln und daneben befinden sich Mannlicher-Gewehre, Mauserpistolen, scharfgeschliffene Dolche und feste Gummiknütel. Es ist eine Atmosphäre von Haß, Verderben und Vernichtung, die wie der kalte Hauch einer Totengruft diese jungen Seelen umweht. Kein Ausblick in sonniges Zukunftsland, in dem wahre Jugend liebliche Scholmeien bläst und um den grünen Maisbaum tanzt.

Man sieht jetzt in Wien auf den Straßen und in den Straßenbahnhöfen älteren Jungen mit blauen Fälschern und noch in Anziehhosen, die das Halbkreuz als das Zeichen ihrer politischen Gesinnung tragen. Ihrer politischen Gesinnung? Gewiß, viele von uns kamen auch als noch recht „avine Jungen“ zum Sozialismus und bildeten uns unsere politische Ueberzeugung. Aber wir erkannten in dem Sozialismus die leuchtende Idee

Der Lohnkonflikt im Ostrauer Revier.

Das Sekretariat des Bergarbeiterverbandes fordert die Zurücknahme der Kündigung des Vertrages.

Mähr.-Ostrau, 13. Juli. Das Sekretariat des Bergarbeiterverbandes hat der Direktorenkonferenz des Ostrau-Karwiner Steinkohlenreviers eine Zuschrift geschickt, mit der es die Kündigung des Kollektivvertrages zur Kenntnis nimmt und mittelst, daß es nach Ablauf der Kündigungsfrist den vertragslosen Zustand nicht zulassen kann. Die Kündigung des Vertrages wird in der Zuschrift als unbegründet erklärt und darauf hingewiesen, daß die letzte Lohnreduktion im Oktober 1922 von der Arbeiterschaft nur mit Rücksicht auf die schwere Position der Kohlenbetriebe angenommen wurde und in der Hoffnung, daß sich mit der Reduktion der Kohlenpreise einerseits ein größerer Kohlen- und Koksabsatz und damit eine volle Beschäftigung, andererseits ein

Sinken der Preise der Lebensbedürfnisse einstellen werde. Diese Voraussetzungen haben sich nicht erfüllt. Der Koksabsatz hat sich nicht erhöht, es wird in reduziertem Ausmaß gearbeitet und auch haben sich die Lebensbedürfnisse nicht verbilligt. Die Arbeiterlöhne wurden im Oktober und November 1922 erheblich reduziert, wogegen sich die Arbeitsleistung in beträchtlichem Maße erhöht hat. Ferner wurde der Beitrag für Lebensmittel, aufgehoben, schließlich ist die Arbeiterschaft sogar den Arbeitgebern in der Frage der Samstagsschicht entgegengekommen. Das Sekretariat erklärt, daß die Arbeiter weitere Opfer nicht bringen können, fordert die Zurücknahme der Kündigung und fragt, was die Direktorenkonferenz weiterhin zu unternehmen beabsichtigt.

Sobald das zutage trat, wurde die Gegenrevolution unvermeidlich. Das konnte nicht übersehen. Wohl aber wirkte überraschend die Charakterlosigkeit, mit der die Bolschewiki es verstanden, die Front zu wechseln und selbst die Funktionen der Gegenrevolution zu übernehmen, um sich an der Macht zu behaupten.

Um die Macht zu erringen, hatten sie 1917 die Idee der Demokratie verraten, deren energische Vorläufer sie bis dahin gewesen. Um sich an der Macht zu behaupten, verrieten sie von 1919 an einen Punkt nach dem anderen aus dem Programm, zu dessen Durchführung sie die Macht erobert hatten.

An Stelle der alten Bürokratie setzten sie eine neue, ebenso allmächtig und ebenso korrupt, aber noch unwillkürlicher und brutaler als die alte. Die alte Polizei wurde übertrumpft durch die Tscheka und deren blutigen Terror.

An Stelle der alten Armee setzten sie eine neue, von der sie stolz behaupten, sie sei weit strenger diszipliniert, als die zaristische gewesen, das heißt, der Kadavergehorsam des Soldaten gegenüber dem Offizier ist noch härter und grausamer durchgesetzt.

Der Rep setzte dann an Stelle der alten Kapitalistenklasse eine neue, noch parasitischer, als jene, noch gewissenloser, schamloser und roher.

Und es scheint jetzt, als sollte der Großgrundbesitzer auch wieder aufstehen — natürlich auch er ein völlig neuer. Die Rückkehr des alten würden die Bauern nie dulden.

Aber das Sowjetregime hat bereits erkannt, daß der Rep nicht imstande ist, die Industrie in Gang zu bringen. Immer dringender braucht Rußland Geld von außen. Was könnte indes dies Agrarland mit völlig verwüsteter Industrie anderes ausführen als landwirtschaftliche Produkte, vor allem Getreide, das schon vor dem Kriege Rußlands stärksten Export bildete?

Im Jahr 1911 erreichte die russische Gesamtausfuhr einen Wert von 1,600 Millionen Rubel, darunter Nahrungsmittel und Tiere 1 Milliarde, dazugehörige fertige Industrieprodukte bloß 26 Millionen.

Die Forcierung des Getreideexports (1911 753 Millionen Rubel) ist jetzt die wichtigste ökonomische Sorge Sowjetrußlands. Sie erscheint absurd und unmöglich in einem Lande, in dem Hungernot herrscht. Aber diese Absurdität ist schon früher in der Geschichte möglich geworden. Die Jahre 1846 und 1848 sahen in Irland eine entsetzliche Hungersnot. Die Ausfuhr von Weizen wurde dadurch jedoch keineswegs gehindert. Es betrug die Ausfuhr aus Irland von:

	Weizen	Weizenmehl
	Quartern	Zentner
1846	1,625,000	1,278,000
1848	1,826,919	1,497,000

(Schluß folgt.)

der Menschlichkeit, die einst die Welt mit einer besseren Bestimmung und einer reineren Geistigkeit erfüllen soll. Und wir setzten uns mit glühender Verbrennung zu den Schriften großer Meister und nahmen das Gute und Schöne, wo wir es fanden. Wir hielten uns nie für Fertige, Vollkommene, die ein Recht dazu haben, mit der Faust auf den Tisch zu schlagen, wenn einer eine andere Meinung hatte. Aber der nationale Haß, der aus der Weltanschauung des Krieges geboren als eine Weltanschauung austritt, hat andere Ziele und andere Methoden, sich durchzusetzen. Breitmäulig und schmetternder Lungenkraft verkündet er die Lehre vom nationalen Uebermenschen, das zur Gewalt und zum Herrschen bestimmt sei. In einer endlosen Phrasologie hemdärmelgeschürzter Kraftsprüche wird der unausgelegene Geist der Jugend verfehlt, denn jeder nüchterne Tatsachensinn, der sich an der Erfahrung bilden könnte, muß rechtzeitig, als einer romantischen Gewaltideologie gefährlich, erstickt werden. In die Wiener nationalen Parteisekretariate kommen jetzt oft junge Burschen, um sich nach den Stellenangeboten zu erkundigen, die sie in ihrem Parteiblatt gelesen haben und man erzählt ihnen dort ganz ernsthaft, daß es sich um die Unterbringung in die österreichische Heeresmacht handle, die mit nationalen Parteiangehörigen durchsetzt werden müsse. Ist man erst so weit, dann werden eines Tages die öffentlichen Gebäude besetzt, die Regierung gefangen genommen und „die Juden niedergeboren“.

Eine Ausfuhr dieser Art ist weder absurd noch unmöglich in Ländern, die unumschränkt beherrscht werden von Banden gieriger und blutdürstiger Ausbeuter, seien es die Landlords des alten Irland oder die Bolschewiki des heutigen Rußland.

Aber wie groß auch der Druck sein mag, der auf dem Bauern lastet, es läßt sich doch nicht beliebig viel aus ihm herauspressen. Will man den Export an Agrarprodukten steigern, muß man die Ueberschüsse vermehren, die der Landwirtschaft entspringen. Man muß ihre Produktivität heben. Das heißt, die Produktivität nicht bloß des Bodens, sondern der menschlichen Arbeit, die auf den Boden verwendet wird. Je größer diese Produktivität, desto weniger verzehren die Arbeitskräfte der Landwirtschaft von ihrem eigenen Produkt. Desto mehr bleibt für die nicht in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen übrig.

Dieser Ueberschuß ist fast gleich Null in den kleinsten, den Zwergbetrieben. Er kann aber bedeutend werden in großen Betrieben, die mit allen Befehlen der modernen Technik und Wissenschaft betrieben werden.

Will die Sowjetregierung den landwirtschaftlichen Export steigern, dann wird sie sich genötigt sehen, wenn die Erpressungen durch die Naturalsteuern bei den kleinen Betrieben nicht ausreichen, das Aufkommen und die Ausdehnung von größeren Betrieben zu begünstigen. Sie wird die Großbauern, die bedeutende Ueberschüsse erzielen, auf Kosten der „Dorfarmen“ begünstigen, die keine Ueberschüsse produzieren, sondern eher noch Zuschüsse brauchen.

In den Gebieten des Hungers, wo die bäuerliche Bevölkerung dezimiert ohne Vieh und Werkzeuge dasteht, ist eine rasche Wiederbelebung der Landwirtschaft kaum anders möglich als durch kapitalistische Großbetriebe, die den Boden mit wenig Menschen und Zugvieh bearbeiten aber mit vielen Maschinen, wie Motorpflügen usw. Menschen und Vieh sparen.

Ob es der Sowjetwirtschaft gelingen wird, solche Wirtschaften ins Leben zu rufen, ist noch sehr zweifelhaft. Sicher aber ist es, daß ihre neue ökonomische Politik der Forcierung der Getreideausfuhr den Ruin der Kleinbauern beschleunigen muß und einzig den größeren Betrieben Vorteil bringen kann.

So wird die Sowjetrepublik schließlich zum Wiederaufbau einer allmächtigen Bureokratie und politischen Polizei, eines streng disziplinierten stehenden Heeres, einer gierigen Kapitalistenklasse auch die Wiederbelebung des Großgrundbesitzes fügen, auch hier wieder in einer Weise, daß die neuen Herren an Qualität noch tief unter den alten stehen, da sie überall rohe, durch keine Konvention gebändigte Barbarei mit der äußersten Macht bescheiden.

lesen haben und für die nicht Goethe oder Schiller, sondern Hindenburg und Ludendorff die leuchtenden Vorbilder waren. Das Bild eines Korporals, das im ersten Kriegsjahre in einem Photographenladen in der Verhelfensstraße schwarz-gelb umrahmt zur Schau ausgestellt war, weil er die „Helidentat“ vollbracht hatte, vier Ruffen auf einmal zu töten, ist heute längst verschwunden. Aber die seelischen Defekte sind geblieben, die die Ruben erlitten haben, die mit der Schultasche auf den Rücken unter den Erwachsenen standen, mit fliegenden Pulsen das Bild betrachteten und davon träumten, auch einmal ein „großer Held“ zu werden, wie der Mann auf dem Bilde. Und diese verletzten Seelen, die mit dem physischen Trauma behaftet sind, bilden den großen Zustrom in die Vereine der Frontkämpfer und Dakenkreuzler, weil sie der Reiz einer krankhaften Vorstellung und einer abenteuerlichen Romantik lockt, weil sie ein falsches Helidental auf Abwege geführt hat, die es schlußendlich nicht zu der Verwirklichung ihrer knabenhaften Träume, sondern in den Kerker und in das Elend führen.

Es ist ein furchtbares Verbrechen an der Menschheit und an der eigenen nationalen Sache, das von jenem überlauten, auftrumpfenden Nationalismus begangen wird, der einen Haufen entgleister Marodenre ihrer Jugend anwirft und ihnen einredet, daß sie die Welt aus den Angeln heben werden, während sie, wie Karl Moor am Ende von seinen Leuten sagen mußte, doch nur gewöhnliche Diebe und Mörder werden!

setzgedruckten Berichte über das große Morden ge-

Inland.

Vencesch als Vermittler.

Äußerungen des Berliner „Vorwärts“.

Merkwürdigerweise hat man in Berlin bisher die eigentlichen Absichten und Tendenzen der tschechoslowakischen Außenpolitik des Herrn Dr. Vencesch nicht erkannt, und man war geneigt, diese Politik vorwiegend nach der persönlichen Liebenswürdigkeit des tschechoslowakischen Gesandten in Berlin einzuschätzen. Nun scheint sich darin endlich eine Wandlung zu vollziehen, denn der „Vorwärts“ schreibt in einer Notiz unter dem Titel „Vencesch als Vermittler“:

„In den letzten Jahren ist der tschechoslowakische Außenminister Dr. Vencesch wiederholt als Vermittler zwischen den alliierten Regierungen aufgetreten, so während des Konflikts über das Schicksal Oberschlesiens und während der Konferenz in Genua. Dabei hat er stets eher bemüht, die englische Regierung zu der französischen Auffassung zu bekehren, als umgekehrt. Die „Erfolge“ seiner Vermittlertätigkeit entsprachen auch stets dieser französischfreundlichen Einstellung.“

Der „Vorwärts“ zitiert dann die Stimmen mehrerer Londoner Blätter, denen Herr Dr. Vencesch bei seiner Anwesenheit die entsprechenden „Informationen“ gegeben hat, worin auch davon die Rede ist, daß Herr Dr. Vencesch meinte, die Tschechoslowakei „wünsche aufrichtig“ ein Abkommen, denn sie leide genau wie England und Frankreich unter der gegenwärtigen Lage. Dazu bemerkt der „Vorwärts“ weiter:

„Ob Vencesch wirklich auch in Paris die „aufrichtigen Wunsch“ feige stellt hat, muß allerdings bezweifelt werden, denn alle Erklärungen Poincarés und die Kommentare der französischen Regierungspresse sind alles eher als entgegenkommend. Da die Pariser Blätter ihre Hoffnung auf Venceschs diplomatische Arbeit in London nicht verhehlen, liegt die Befürchtung nahe, daß er seine etwaigen Erfolge lediglich auf Deutschlands Kosten erringen würde. Damit wäre aber letzten Endes weder Europa noch der Tschechoslowakei gedient. Das müßte doch selbst der tschechische Außenminister mit der Zeit erkannt haben.“

Es ist nur zu begrüßen, daß man auch in Berlin die politischen Tendenzen des Herrn Dr. Vencesch zu erkennen beginnt!

Jung, Anirsch, Schollisch und Banditen.

Der hakenkreuzlerische Abgeordnete Jung ist in Troppan-Katharein etwas unsanft mit Arbeiterhäuten in Berührung gekommen. Nun sind ja Ohrfeigen als politische Kampfmittel sicherlich nicht empfehlenswert und für den Empfänger höchst unangenehm. Ohrfeigen bleiben ungehörig selbst dort, wo sie von Rädern scheinen. Was aber bedeutet eine ganz gewöhnliche Watsche gegenüber den Mordbegehren und Mordtaten jener Gesellen, die sich im In- und Ausland Nationalsozialisten nennen, was bedeuten ein paar unangenehme Prüfte gegenüber dem Blutdurst der Hakenkreuzer aller Richtungen, sie mögen nun auf den Namen Hitler, Jung oder Schollisch hören? Die nationalsozialistische Presse heult auf über die „unerhörte Schandtat“, die in Katharein an Jung begangen wurde, als ob sie selber Prügel bekommen hätte. Herr Anirsch sandte seinem Kollegen höchst eigenhändig ein Kondolenzschreiben, das der Duxer „Tag“ veröffentlicht, und in welchem der Gelehrte „der Anteilnahme und treuer Anhänglichkeit der Gesamtpartei versichert“ wird. Wir würden dem Herrn Anirsch empfehlen, doch beispielsweise über den Unterschied zwischen der Mordtat seines Kollegen Nowosat und den paar Hieben nachzudenken, die Jung bekommen hat. Aber natürlich: wenn ein Hakenkreuzler einen Mord begeht, ist das für seine Gesinnungsgenossen eine Kleinigkeit. Ueber einige Rippenstöße schreiben sie Reter und Mordio, aber über einen Mord? Da bilden sich die Hakenkreuzler eine ganz andere Meinung, da schreibt der „Volksru“, das Blatt des Abgeordneten, Hakenkreuzlers und Mittelschullehrers Schollisch folgendes:

„Früher kam es ja hier und da auch vor, daß zwei junge Männer aneinander gerieten und einer den anderen erschlug. Wenn sich derlei jetzt öfter ereignet, so ist dies mit Rücksicht auf die allgemeine Verrohung und Entfittlichung, welche jetzt in Europa eintritt, leicht begreiflich.“

Selbstverständlich. Die Tat Nowosats begreift der Schollisch leicht und den Jung, Anirsch und Konforten wird das Verständnis hierfür auch nicht schwer fallen. Denn dieses Geselicht doch selber zum Mord. Derselbe „Volksru“, das selbe Blatt des Herrn Schollisch, bringt in derselben Nummer vom 12. „Heimond“ (Juli) ein Gebicht an „Ehren“ des Schlageter, das nach Blut förmlich lechzt. „Den gottverfluchten, französischen Horden“, den „Franzosenhunden“ wollen sie es „heimzahlen“. Das heißt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Und diese deutschnationalen Mordapostel appellieren an die Moral, an die Sitlichkeit, wenn einer der Ihren mal einen Kufstrich bekommt? Für den Bluthund Ehrhardt macht der Schollisch mit Riesenschreien Propaganda — und seine Krüder Jung und Anirsch wollen sich wegen einer Tracht Prügel zu Sittenrichtern über andere aufspielen? Wir glauben, daß die hakenkreuzlerischen Kollegen des Mörders Nowosat froh sein sollten, wenn man ihre dunkle Vergangenheit und Gegenwart nicht allzu sehr bespöchtelt; sie sollten

Bersärfung der Krise in Lausanne.

Die Alliierten brachen eine Sitzung plötzlich ab.

Lausanne, 12. Juli. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den alliierten und den Türken über die Räumung der Dardanellen durch die alliierten Kriegsschiffe und in der Konzeptionsfrage führten in der heutigen offiziellen Sitzung zu einer Verschlimmerung der Lage. Die Alliierten brachen plötzlich die Sitzung ab, ohne eine neue Zusammenkunft einzuberufen und erklärten, daß der türkische Widerstand in der Konzeptionsfrage mit den am Sonntag getroffenen Vereinbarungen in Widerspruch stehe, und daß, falls die Türken ihre Haltung nicht ändern, auch alle anderen Abmachungen über die Kuponsfrage und die Räumung Konstantinopels, d. h. die gesamte grundsätzliche Einigung vom Sonntag hinfällig werde. Die Alliierten werden von neuem an ihre Regierungen berichten. Diese neue Wendung rief begreiflicherweise beträchtliche Aufregung hervor.

Auch in türkischen Kreisen werden die Vorgänge in der heutigen Sitzung als ernst bezeichnet. Man erklärt aber, daß es sich nur um eine scharfe Krise in den Einzelfragen, jedoch nicht um eine wirkliche gefährliche Krise der Konferenz handelt u. zw. sei

die Krise viel weniger durch die Gegenseite in der Frage der Räumung der Dardanellen, als durch die Ansprüche der Alliierten in den Konzeptionsfragen hervorgerufen worden. Man erlebe hier den letzten Zusammenstoß der strengen Forderungen für die Petroleumkompanie und die allgemeine Eisenbahngesetzgebung mit dem Chesterabkommen.

Von alliierter Seite wird über die Ursache des heutigen Konflikts folgende Darstellung gegeben. Die Alliierten fordern, daß die drei Gesellschaften, Widders Petroleum, Türkische Petroleum und die allgemeine Eisenbahngesetzgebung, nach 6 Monaten wieder in ihre Rechte eingesetzt oder entschädigt werden oder falls eine derartige Lösung nicht möglich ist, ein Vorzugsrecht für 10 Jahre erhalten sollen. Die Türken lehnten diese Forderung als mit der nationalen Souveränität unvereinbar ab. Die Alliierten erklärten sich hierauf mit einer Herabsetzung der Frist für das Vorzugsrecht auf 5 Jahre bereit, was die Türken ebenfalls ablehnten, um, wie die Alliierten behaupten, überhaupt alle bereits zugestandenen Rechte dieser Gesellschaften wieder in Frage zu stellen. Hierauf verließen die Alliierten die Sitzung.

Englands weiteres Vorgehen.

London, 13. Juli. (M.) In maßgebenden Kreisen wird angenommen, daß die gestrige Erklärung über die britische Politik im Parlament eine neue Phase der Reparationsfrage einleitete. Wie der Premierminister konstatierte, wird der Antivortwurf an Deutschland ohne Verzug vorbereitet werden. Man kann aber nicht im vorhinein behaupten, daß er den Alliierten bis Dienstag oder Mittwoch nächster Woche zugelandet werden kann. Man nimmt an, daß der Entwurf von einer Note begleitet sein wird, in welcher dargelegt wird, warum die britische Regierung diese Aktion unternehmen hat. Man erwartet, daß die Bemerkungen der Alliierten zum britischen Entwurf im Laufe von 14 Tagen bei der britischen Regierung einlaufen werden. Allgemein wird angenommen, daß die gegenwärtige Situation keine weitere Verzögerung des Auslaufs der Ansichten, der gerade beginnen soll, verträglich ist.

In der Frage der interalliierten Schulden meint „Daily Telegraph“, daß im geeigneten Zeitpunkt ein Vorschlag zur Einberufung einer Sonderkonferenz der beteiligten Mächte gemacht werden wird.

Der Standpunkt der Labour-Party.

London, 13. Juli. (M.) Der Ausschuss des Nationalrates des Trade Union Kongresses und des Vollzugsausschusses der Labour Party berieten heute über die Regierungserklärung und

still sein, damit man nicht gezwungen ist, sie Tag für Tag moralisch durchzuprüfen.

Eine erzreaktionäre politische Behörde ist die Bezirkshauptmannschaft von Plan, gegen deren Methoden wir schon des öfteren den schärfsten Protest einlegten. Dieser Tage hat sich dieses famose Amt wiederum ein unerhörtes Stücklein geleistet. Sie verurteilte einen Freireisenden, den Genossen Josef Schobner, auf Grund des Frägelpatents zu 14 Tagen strengen Arrest, weil er angeblich ein Plakat, das zu einem lokalen tschechischen Fest einladet, heruntergerissen hätte. Die Verurteilung durch den Statthaltereisekretär Hermann erfolgte, obwohl der Beschuldigte die Erklärung abgab, daß er das Plakat, das übrigens ohne behördliche Genehmigung und an einem Privathause angeschlagen worden ist, nur an einer Ecke abgerissen hätte. Tatsächlich war auch nach der „Tat“ das Plakat so minimal beschädigt, daß noch immer der ganze Text lesbar war. Es ist begreiflich, daß wegen dieser Verfehlung des Reifegehilfen auf Grund des erzreaktionären, siebzehnjährigen Frägelpatentes, die Bevölkerung von Plan außerst erbittert ist. Der Statthaltereisekretär Hermann wird wohl wissen, warum er gegen den Genossen mit solcher Energie vorging und ihn zum Höchstmaß der Strafe verurteilte, die das Gesetz vorsieht. Der wackere österreichische Beamte fängt so zwei Fliegen auf einen Schlag: auf der einen Seite macht er sich noch oberhin beliebt, auf der anderen Seite fühlt er sein Mäntchen an der verhassten Arbeiterschaft. Selbstverständlich wurde gegen dieses Urteil der Rekurs eingebracht. Außerdem aber hoffen wir, daß dem Herrn Statthaltereisekretär Hermann, der sich nebenamtlich im „Bund der Deutschen“ betätigt, das Handwerk gelegt wird.

Die Konfiskationspraxis treibt immer herrlichere Blüten. Die vorgelegte Nummer unseres Russiger Parteiblattes, das so sehr unter den Schikanen des dortigen Zensurs zu leiden hat, verfiel der Beschlagnahme und zwar wegen einer Polemik gegen das tschechische chauvinistische Blatt „Pravica“. Glaubt der Russiger Zensur vielleicht, daß er seine letzte Blamage auf solche Weise wieder gut macht? Sein letztes Konfiskationsbescheid wurde bekanntlich aufgehoben. Aber statt nun ein wenig vorsichtiger zu sein, konfiszieren er mit plumper Hand weiter. Wir sind neugierig, ob der Justizminister sich nicht doch einmal um die Russiger „Preßfreiheit“ kümmern wird.

die Reparationsfrage. Es wurde konstatiert, die Regierungserklärung sei zu begrüßen, da sie der von der Labour Party empfohlenen pol. Richtlinie entspricht. In der Erklärung der Labour Party heißt es weiter: Die britische Arbeiterbewegung verurteilt entschieden jeden Versuch, eine Unstimmigkeit zwischen der britischen und französischen Nation zu schaffen. Die Partei steht dafür ein, daß ihr Bestreben dahin gehen wird, daß das harmonische Zusammenwirken der beiden Nationen in dem großen Bemühen nach internationaler Gerechtigkeit und Frieden niemals gestört wird.

Vorübergehende Besetzung Barmens.

Barmen, 13. Juli. (Wolff.) Heute früh zwischen 6 und 7 Uhr rückte eine große Abteilung französischer Militärs aller Waffengattungen, die aus der Richtung Haslinghausen kamen, hier ein und besetzten die öffentlichen Gebäude, das Rathaus, die Post und sämtliche Bahnhöfe. Der Fernsprechverkehr ist zur Zeit noch nicht unterbrochen. Auf den Bahnhöfen wurde heute morgen 9 Uhr bereits die Kontrolle ausgedehnt. Die Franzosen befinden sich zur Zeit im Anmarsch auf Elberfeld und Kronenberg her.

Die Besetzung — eine Strafmaßnahme.

Barmen, 13. Juli. (Wolff.) Die Franzosen sind gegen 11 Uhr aus Barmen wieder vollständig abgerückt. Bei einer Besetzung mit dem

Die Akerikalen unter sich. Zwischen dem Akerikalen „Pravsky Bečernik“, welcher das offizielle Organ der Srametpartei ist, und dem „Cech“, welcher die Interessen des Erzbischofs Kordas und des Führers des rechten Flügels der Akerikalen Volkspartei des Abgeordneten Wylivoe vertritt, tobt seit einiger Zeit ein heftiger Kampf. Sie traktieren sich mit den ärgsten Beschimpfungen und werfen sich Vergehungen gegen das siebende Gebot Gottes und ähnliche Dinge vor. Der „Cech“ beschuldigt den „Pravsky Bečernik“ der Tölpelheit und erklärt, daß dieses Blatt bei jeder Gelegenheit der Partei in den Rücken fällt. Zum Schluß stößt der „Pravsky Bečernik“ eine furchtbare Drohung aus. Er sagt, er werde seinen Lesern den Rat erteilen, die vom Verlag des „Cech“ gedruckten — Kalcuder (!) nicht zu kaufen. Das erzbischofliche Blatt erwidert darauf: „In den Rücken fällt uns derjenige, welcher zu Versammlungen und auch zu einzelnen Kämpfen, gegen ein fremdes Unternehmen und gegen seine Nächsten, der sich nicht wehren kann, agitiert. Bei uns gibt es keine solchen Helden, welche die tschechoslowakische Kirche eine tschechisch-diebische nennen und wenn sie der Wachmann festnehmen will, weglaufen, um einen anderen zu bitten, er möge die Sache bei der Polizei für sie regeln.“ Was den Vorstoß der Akerikalen anbelangt, sagt der „Cech“, daß dies der letzte Trumpf der „Grünliebhaber“ sei, wenn jemand gegen das siebende Gebot Gottes handelt und in einer in der Geschäftswelt ungewohnten Art einen fremden Betrieb schädigen will. Der Grünliebhaber deshalb, weil, wer solche Waffen verwendet, vor Wut und Neid grün ist.“ Ja die Akerikalen kennen einander sehr gut!

Gegen die Reaktion wendet sich eine neuerliche Kundgebung der Legionäre. Nach wie vor, versichern sie, auf der Grundlage der Washingtoner Deklaration zu stehen als eines Mittels zur Verwirklichung der tatsächlichen Freiheit und Demokratie im Staate. Die Angriffe der Reaktion von rechts und links lehnen die Legionäre entschieden ab. Sie verurteilen die Angriffe gegen Masaryk und Vencesch sowie gegen die Führer der Legionäre und versichern sie einmütig ihres vollen Vertrauens. Schließlich fordern die Legionäre die Durchführung der Legionärsgesetze, der Bodenreform, die Befreiung des staatlichen Feiertages am 6. Juli und die Trennung der Kirche vom Staate.

Oberbürgermeister, der während der vorübergehenden Besetzung in seinem Amtszimmer festgehalten wurde, wurde ihm von einem Dolmetscher erklärt, daß es sich bei diesem Vorstoß um eine Strafmaßnahme gegen die Schutzpolizei wegen des Zwischenfalles bei Ronsdorf handle. Außer einigen Schutzpolizisten wurde noch der Reichsstadtdirektor Dr. Krustus von den Franzosen verhaftet und weggeführt.

Die Maßnahme — ein Willkürakt.

Elberfeld, 13. Juli. (Wolff.) Die Besetzung Barmens soll nach den Angaben französischer, im Rathaus von Barmen erschienener Offiziere erfolgt sein, weil vor einigen Tagen französische Soldaten und Zollbeamte, die versehentlich die Grenze des besetzten Gebietes überschritten, von der Schutzpolizei mißhandelt und nach Elberfeld abgeführt worden seien. Diese Darstellung entspricht nicht den Tatsachen. In Wirklichkeit hat ein Lastauto mit Schutzpolizisten aus Elberfeld französische Soldaten und Zollbeamte, die bei einem Geplänkel an der Grenze in die Hände von Schmugglern gefallen waren, befreit und nach Elberfeld in Schutzhaft gebracht, von wo sie wieder nach dem besetzten Gebiete zurückgeleitet wurden.

„Baldwin redet, Poincaré marschiert.“

Berlin, 13. Juli. Die Blätter schreiben sichlich inspiriert, daß eine endgültige Zielsetzung der Reichsregierung zu der Rede des englischen Premierministers Baldwin erst erfolgen kann, wenn der Wortlaut der Rede vorliegt. Die Rede Baldwins sei für Deutschland keine Enttäuschung. Im übrigen ist die Aufmerksamkeit der Blätter beinahe mehr auf den Vorstoß der Franzosen auf Barmen gerichtet und die vorübergehende Besetzung dieser bedeutenden Industriestadt wird von den Blättern einmütig mit großer Schärfe verurteilt.

Der „Vorwärts“ teilt seinen Artikel „Baldwin redet, Poincaré marschiert“ und führt u. a. aus: Heute früh hat der französische Militarismus auf die Rede Baldwins seine Antwort gegeben. Es mag sein, daß dieses Unternehmen schon vor der Rede Baldwins in Vorbereitung war, aber jedenfalls ist es auf Befehl der französischen Regierung ins Werk gesetzt worden.

Endgültige Aufhebung der Verkehrsperre.

Kehl, 13. Juli. (Wolff.) Der Delegierte der Interalliierten Rheinlandskommission teilt mit, daß die von der Rheinlandskommission angeordnete allgemeine Verkehrsperre zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiete um Mitternacht zwischen dem 15. und 16. Juli endgültig aufgehoben wird. Neue Passierscheine können ausgestellt werden.

Neue Beschlagnahmen.

Paris, 13. Juli. Nach einer Sabotagemeldung aus Düsseldorf ist gestern Vormittag in Böhmen 60 Millionen der Mark Beschlagnahme worden, die angeblich von Privatpersonen in Berlin an eine Adresse in Köln geschickt worden seien. Die Summe sei konfisziert worden, weil sie nicht deklariert gewesen ist.

Devisenruhe in Berlin.

Berlin, 13. Juli. Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, ist von einer Reihe von Banken und auch seitens der Reichsbank bei dem Berliner Börsenvorstand beantragt worden, Devisenruhe einzuführen und zwar sollen die Notierungen von Devisen und Noten an den sogenannten börsenfreien Tagen gänzlich unterbleiben. Von der Bank wird dieser Wunsch mit Arbeitsüberbauung begründet.

Ein Aufruf an die belgischen Sozialisten.

Berlin, 13. Juli. (Eigenbericht.) Die sozialdemokratische Partei in Duisburg hat an die sozialistische Kammerfraktion in Brüssel einen Appell gerichtet, daß die Not der arbeitenden Bevölkerung des dortigen Bezirkes aufs Höchste gestiegen sei. Verzweiflungstaten der schlimmsten Art seien zu erwarten, wenn die unerhörten Bedrückungen, die schlimmer seien als ein Krieg, fort-dauern. Es wird die dringende Bitte an die belgischen Genossen gerichtet, allen Einfluß anzubieten, damit den unerträglichen Leiden der Bevölkerung ein Ende bereitet würde, bevor es zu spät sei.

Erhardt entflohen!

Berlin, 13. Juli. (Wolff.) Der Korvettenkapitän a. D. Erhardt ist heute aus der Untersuchungshaft in Leipzig entwichen. Zu seiner Wiederergreifung sind vom Oberreichsanwalt alle notwendigen Maßregeln eingeleitet worden.

Leipzig, 13. Juli. (Wolff.) Die Flucht des Kapitän Erhardt wurde, wie das „Leipziger Tageblatt“ mitteilt, in der 6. Abendstunde bemerkt. Das Untersuchungsgefängnis wird von einer Anzahl von Schutzpolizisten bewacht, da man mit der Möglichkeit rechnet, daß der Flüchtige sich noch im Gebäude befindet. Das Dach wies eine schadhafte Stelle auf.

Leipzig, 13. Juli. Zur Flucht Erhardts wird gemeldet: Erhardt hat seinen Aufseher, ihm in der Höhe ein Bad zu gestalten. Der Justizwachtmeister brachte ihn auch in eine Badzelle und verließ sie wieder. Als ihm der Aufenthalt Erhardt in der Zelle merklich lange vorlief, betrat er sie wieder und fand sie leer. Bisher hat man noch keine Spur von Erhardt finden können.

Der Verbot der „Nepzava“.

Scherstreik. — Abzug der Sozialdemokraten im Parlament.

Budapest, (M.Z.) 12. Juli. Infolge des Verbotes der sozialdemokratischen Zeitung „Nepzava“ sind die Zeitungsgesetze in den Streik getreten, so daß die Budapest Tagesblätter morgen nicht erscheinen können. Damit das Publikum nicht ohne Nachrichten bleibe, hat die Regierung verfügt, daß ein offizielles Morgen- und Abendblatt erscheine. Alle Scherarbeiten bei diesem Blatte werden von Mitgliedern der Organisation zum Schutze der nationalen Arbeit versehen.

Budapest, (M.Z.) 12. Juli. Der Parteiaussschuß der sozialdemokratischen Partei hielt heute abends eine Sitzung ab, in welcher die sozialdemokratischen Abgeordneten angewiesen wurden, sich auch an der morgigen Sitzung nicht zu beteiligen. Von dem Inhalte oder dem allfälligen Unterbreiten der Regierungserklärung in dieser Angelegenheit ist die weitere Stellungnahme der Partei abhängig. Der Zustand der Scher ist nicht auf Weisung der Parteiführung, sondern auf eigenen Entschluß der Druckerei-Arbeiter in den einzelnen Betrieben erfolgt.

Das Verbot aufgehoben.

Wien, 13. Juli. (Eigenbericht.) Wie uns aus Budapest berichtet wird, hat, nachdem heute den ganzen Tag zwischen dem Ministerpräsidenten und den sozialdemokratischen Abgeordneten verhandelt worden war, der Abgeordnete Szabo in der Nationalversammlung im Namen des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Parlamentsfraktion eine Erklärung vorgelesen, wonach der 24 stündige Streik der Zeitungsgesetze eine spontane Sympathieumgebung der Arbeiterschaft gewesen sei, die ohne Wissen der Parteiführung erfolgt ist, und daß die parlamentarische Fraktion von der Erklärung Wilhelm Böhm's, die in der „Nepzava“ erschienen ist und den Anlaß zum Verbot der „Nepzava“ gegeben hat, nichts wußte und daß sie die Veröffentlichung mißbilligt.

Ministerpräsident Bethlen erklärte darauf, daß mit Rücksicht auf diese Erklärung die Notwendigkeit strenger Maßnahmen entfalle; er werde den Innenminister ersuchen, das Verbot der „Nepzava“ wieder aufzuheben. Der Minister des Innern hat auch bereits das Verbot der „Nepzava“ zurückgezogen.

Der Berliner Bauarbeiterstreik.

Berlin, 13. Juli. (Eigenbericht.) In dem bereits seit zwei Wochen währenden Streike der Berliner Bauarbeiter wurde durch Vermittlung des Reichsarbeitsministers ein Vergleich erzielt, der den Forderungen der Arbeiter einigermaßen entgegenkommt. Die heutige Generalversammlung des Bauwerkverbundes stimmte den Abmachungen fast einstimmig zu, die endgültige Entscheidung wird die morgen stattfindende Urabstimmung fällen. Von kommunistischer und sozialistischer Seite wird dagegen agitiert, mit der Annahme der Vereinbarung den Streik zu beenden.

Die Wiener Gemeinderatswahlen.

Wien, 13. Juli. (Eigenbericht.) In der Konferenz der Wiener Bauarbeiter berichtete Doktor Danneberg heute abend über die Vorschläge des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs, betreffend die Neuwahlen. Diese Vorschläge gipfeln darin, daß der Wiener Gemeinderat aufgelöst werden soll, damit die Wahlen gemeinsam mit den Nationalratswahlen im Herbst stattfinden. Die Zahl der Gemeinderatsmandate wird von 165 auf 130 herabgesetzt. Die Wahlordnung wird im Wesentlichen der neuen Wahlordnung für den Nationalrat angeglichen werden.

Die Besoldungsreform der Bundesangestellten.

Wien, 13. Juli. (M.Z.) Unter dem Vorsitz der Präsidenten Seitz und Dr. Dinghofer und in Anwesenheit des Bundeskanzlers Dr. Seipel, des Vizekanzlers Dr. Frank und des Finanzministers Dr. Kiernböck wurden heute die Parteibesprechungen in Angelegenheit der Besoldungsreform der Bundesangestellten unter Zuziehung des Richterkomitees der Bundesangestelltenorganisationen fortgesetzt. Nach länger Aussprache wurde eine Einigung in folgender Richtung erzielt: Die Regierung beharrt darauf, daß als erste Etappe einer Regelung der Bezüge 241 Milliarden auf das ganze Budgetjahr berechnet aufgewendet werden; davon 200 Milliarden zur Erhöhung der Kinderzulage und des Haushaltszuschusses auf je 50.000 Kronen pro Monat. Dagegen wird die Auswirkung des Index für die Monate Juli, August und September fixiert. Vom November tritt, falls nicht inzwischen eine Neuregelung erfolgt, das Indexgesetz wieder in Wirksamkeit. Die Parteiverhandlungen über die Bundesbahnvorlage werden fortgesetzt. Durch die zielte Vereinbarung über diese Frage ist auch dem sozialdemokratischen Verlangen bezüglich der Beratung der Regierungsvorlage über die Bundesbahnreform Rechnung getragen. Da eine Einigung zustande gekommen ist, wird die Opposition die Beratung der Bundesbahnreform zulassen.

Große Getreidenausfuhr aus Südrussland

Moskau, 12. Juli. Der neugebildete Vorkommissschuß der Union der Sowjetrepubliken hat als erste Verordnung ein Anmeldebekret erlassen, durch das anlässlich des dritten Jahrestages der Befreiung des von den Polen besetzten Ostgalizien den verurteilten Mitgliedern der antisowjetistischen

Organisationen Weißrusslands die Strafe erlassen wird.

Kalowski, der auf dem allukrainischen Kongresse der Getreidehändler den Vorsitz führte, erklärte, daß der Getreideüberschuß in der Ukraine in diesem Jahre wenigstens 5.830.000 Tonnen gegenüber 800.000 Tonnen im Vorjahre betragen wird. Der ursprüngliche Ausfuhrplan wurde erweitert. Im Hafen von Jekaterburg werden die Vorbereitungen zur Getreideausfuhr getroffen. In der Zeit vom September bis Jänner nächsten Jahres wird es möglich sein, in diesem Hafen einviertel Millionen Tonnen Getreide zu verladen.

Aufrehr in Paraguay.

Buenos Aires, 13. Juli. (Gavas.) Aufständische in Paraguay besetzten den Bahnhof in Assuncion. Regierungstruppen überfielen und zerstörten sie. Im Kampfe fielen einige Führer der Aufständischen. Ueber die Stadt wurde der Belagerungszustand verhängt.

Beendigung des Prager Bauarbeiterstreiks.

Prag, 13. Juli. Die Beratung der Vertreter der Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Baugewerbe, die heute nachmittag im Ministerium für öffentliche Arbeiten bis in die späten Nachtstunden über den Streik und die Aussperrung stattfand, endete mit einem günstigen Ergebnis. Beide Parteien kamen überein, die Aussperrung und den Streik sogleich zu widerrufen. Montag den 16. Juli werden die Arbeiten in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Verhaftung des Industriellen Gyzel.

Wien, 13. Juli. (M.Z.) Heute ist hier der Großindustrielle Felix Gyzel aus Haindorf, der seit einigen Tagen aus der Tschechoslowakei verschwunden war und vom Kreisgerichte Reichenberg wegen Betruges mit einer Schadenshöhe von 36 Millionen Kronen gesucht wird, verhaftet worden. Bei seiner Einvernahme erklärte er, infolge schlechten Geschäftsganges in große Notlage geraten zu sein, und gestand, den Betrag von 18 Millionen Kronen unterschlagen zu haben.

Mihalčev über die Politik Bulgariens.

Der bulgarische Gesandte in Prag, Mihalčev, äußerte sich zu uns über die Politik der neuen bulgarischen Regierung Jankov wie folgt:

Unsere Position ist eine ganz klare. Wir stehen auf dem Boden des Friedensvertrages von Neuilly, der uns zwar große Lasten auferlegt, aber auch gewisse Rechte gibt. Die Lasten bestehen im Verlust der Dobrudscha, Mazedonien und Thraxiens. Die mazedonische Frage existiert für uns nicht mehr, Bulgarien hat für Mazedonien zwei Kriege geführt, die das Land beinahe an den Abgrund des Unterganges brachten. Kein Mensch denkt deshalb an einen dritten Krieg. Das Reparationsproblem ist für Bulgarien durch den Friedensvertrag gelöst. Wir zahlen 550 Millionen Goldfranken in einem Zeitraum von 60 Jahren. Es wurden uns solche Erleichterungen gewährt, daß wir an die wirtschaftliche Rekonstruktion des Landes schreiten können. Wir wollen deshalb mit allen unseren Nachbarn in guten Beziehungen leben.

Ueber die innere Politik befragt, erklärte der Gesandte, daß die Reformen des gestürzten Stamboliski manches Gutes enthalten hätten, wenn sie nicht durchgeführt worden wären. Das Hauptmotiv der Reformen Stamboliski war darin gelegen, den Bauern, die kein Land hatten, beschlagnahmten Grundbesitz zuzuteilen. Es sollte nach dem Grundbesitz vorgegangen werden, das Land muß dem gehören, der es bearbeitet. Bulgarien ist das klassische Land der kleinen Bauern und es wäre daher eine gerechte Reform nur begrüßenswert gewesen. In der Praxis wurde aber das Land nicht an die tatsächlich landungslosen Leute verteilt, sondern es wurde den Parteiangehörigen Stamboliski, darunter auch solchen, die bereits großen Landbesitz hatten, Land geschenkt. Anstatt einer Nivellierung wurde eine Protektion der Parteianhänger Stamboliski durchgeführt. Geradezu furchtbar war die Bedrückung der anderen Stände durch die Bauerndiktatur. Ein ordentlicher Professor der Sofiaer Universität erhielt zum Beispiel 2800 Levas (in tschechischer Währung etwa 933 Kronen. Anm. d. Red.). So wurde also ein Angehöriger der höchsten Intelligenzklasse gezahlt, obwohl es in Bulgarien beinahe so teuer ist, wie in der Tschechoslowakei. Auch die genossenschaftliche Idee wurde durch Stamboliski kompromittiert. Die alte Regierung hat nur diejenigen Genossenschaften anerkannt, die zu Stamboliski Partei gehörten. Die anderen wurden vernachlässigt, ja verfolgt und vernichtet. Auch die Steuerpolitik der letzten Regierung war eine höchst ungerechte. Handel und Industrie wurden sehr schwer belastet, während von den Bauern seit drei Jahren keine Grundsteuer eingehoben wurde.

An der neuen Regierung nehmen auch die bulgarischen Sozialdemokraten teil. Im Kabinett Jankov sind sie durch Kajanoff vertreten, der aus der jüngeren Generation der sozialdemokratischen Bewegung, und zwar der

Partei der sogenannten Weiten Sozialdemokraten hervorgegangen ist. Kajanoff sympathisiert mit der revisionistischen Richtung Bernsteins in Deutschland. Er organisierte die Lehrer Bulgariens auf sozialdemokratischer Grundlage, betätigte sich auch literarisch und schrieb ein größeres Werk über die Frage des Verhältnisses der Lehrerschaft zum Proletariat, die unter den Sozialisten Bulgariens eine rege Diskussion hervorrief. Die heutige Regierung hat die Lage der Beamtenschaft und der Intelligenz verbessert. So wurden zum Beispiel die Gehälter der Staatsbeamten um 50 Prozent erhöht. So hofft die Regierung, gegen die Korruption ankämpfen zu können. Die neue Regierung will allen unterdrückten Schichten helfen. Ein gutes Zeichen für die Aufnahme des Systems Jankov im Ausland ist die Tatsache, daß gleich nach dem Umsturz die Leva zu steigen begann. Die Valutaerhöhung dauert fort.

Schließlich kam der Gesandte auf die Beziehungen zur Tschechoslowakei zu sprechen. Die bulgarische Regierung ist, wie schon eingangs erwähnt, bemüht, mit allen Staaten der Kleinen Entente, also auch mit der tschechoslowakischen Republik, in guten und freundschaftlichen Beziehungen zu leben. Auch die wirtschaftlichen Beziehungen sollen gepflegt werden. Die Tschechoslowakei könnte nach Bulgarien einen regen Export betreiben, aber auch aus Bulgarien sehr viel einführen. Sehr erleichtert würden die Handelsbeziehungen durch die Schaffung einer billigen Verbindung, die zum Beispiel durch eine Regulierung des Schiffsverkehrs von Preßburg an die bulgarische Donau herzustellen wäre. Auch kulturelle Beziehungen will Bulgarien zur Tschechoslowakei pflegen. Sehr viele tschechoslowakische Bürger sind in Bulgarien als Lehrer und Beamte tätig. Ueber die Angriffe des „Večernik“, der es dem Gesandten zum Vorwurf gemacht hat, daß er bei dem letzten Journalistenempfang deutsch gesprochen habe, befragt, sagte der Gesandte, daß er den Journalisten den Vorschlag gemacht habe, französisch, russisch oder deutsch zu sprechen und daß diese sich für die deutsche Sprache entschieden.

Das Bureau der Sozialistischen Arbeiter-Internationale war für Mittwoch und Donnerstag nach Brüssel zusammenberufen worden, um sich hier insbesondere mit der Reparationsfrage und der von der Arbeiterschaft im gegenwärtigen Stadium einzuschlagenden Politik zu beschäftigen. Trotzdem Genosse Wels frühzeitig mit Abramowitsch-Rußland um die Einreiselaubnis bei der belgischen Gesandtschaft in Berlin nachgesucht hatte, wurde ihm nicht die Möglichkeit zu einer rechtzeitigen Abreise gegeben. Die belgische Gesandtschaft in Berlin erklärte, erst bei ihrer Regierung in Brüssel Nachfrage halten zu müssen, ob die Aushändigung eines Visums gestattet sei. Glücklicherweise am Mittwoch, also dem Tage, an dem die Sitzung beginnen sollte, gelangte das Visum telegraphisch in den Besitz des Genossen Wels, so daß sich seine Benutzung erübrigte. Das Bureau der Sozialistischen Arbeiter-Internationale beschloß wegen Abwesenheit von Wels die Sitzung aufzuheben und eine neue Konferenz für den 21. Juli nach London einzuberufen.

Die Einstellung der Budapest „Nepzava“. In Budapest sind, wie wir an anderer Stelle berichten, die Scher wegen Einstellung der sozialdemokratischen „Nepzava“ in Streik getreten. Wie man nun erfährt, handelt es sich bei der Einstellung des Blattes um einen Racheakt Gömbös's. Die „Nepzava“ hat nämlich einer Erklärung Wilhelm Böhm's gegen Gömbös Raum gegeben. Vor kurzem ist in ungarischer Sprache ein größeres Geschichtswerk Wilhelm Böhm's über die ungarischen Revolutionen erschienen, in dem aufgrund vertraulicher Akten die Haltung so mancher Stützen des christlichen Kurses während der Oktoberrevolution beleuchtet wurde. Unter anderem druck Böhm einen Brief des Gömbös ab, in dem der heutige Bogromheld dem damaligen Kriegsminister Böhm seine Ergebenheit ausdrückt und ihm seine Dienste anbietet. Dieser Brief wurde in der Nationalversammlung verlesen und die verlegenen Ausreden des Gömbös stürzten nur den Eindruck, daß Gömbös zur Zeit der Revolution tatsächlich den Versuch gemacht hat, sich der Oktoberrevolution anzuschließen, daß er aber von Böhm abgewiesen wurde. Diese Tatsache hat Böhm in einer an die „Nepzava“ gesendeten Erklärung noch unterstrichen. Das Blatt des Gömbös „Szozal“ und die anderen Organe der „Erwachenden“ waren von der Tatsache, daß die „Nepzava“ ihre Spalten zum erstenmal einem revolutionären Emigranten zur Verfügung stellte, empört und forderten die exemplarische Bestrafung des Blattes. Nun ist der Minister des Innern diesem Befehl der „Erwachenden“ und des „Boobachners“ Gömbös prompt nachgekommen und ahndete die gegen Gömbös begangene „Majestätsbeleidigung“ mit der Einstellung des Blattes bis zum 18. Juli.

Die Separatistenbewegung im Rheinlande. Aus dem Rheinlande wird dem sozialdemokratischen Parlamentarismus geschrieben: Am kommenden Sonnabend, den 14. Juli, feiern die Franzosen ihr Nationalfest in Erinnerung an die Erstürmung der Bastille, den Ausbruch der großen französischen Revolution. Auch die heutigen führenden Politiker Frankreichs, die entarteten Entel jener Prediger von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, wissen das Nationalfest ihres Landes vor allem auch im besetzten Gebiet groß aufzumachen und mit allem militärischen Pomp und Firlefanz zu umgeben. Hartnäckig behauptet sich im besetzten Gebiet aber auch das Gerücht, daß die rheinischen Separatisten diesmal am 14. Juli, begünstigt durch die sechsmonatige Ruhrbesetzung und die Verkehrssperre, ihre Stunde gekommen sehen, um die Rheinische Republik auszurufen. An sich könnten die Smeets und Dorten und ihre Helfershelfer politisch nichts Törichteres tun, als das französische Nationalfest für ihren Putsch zu wählen, um so vor der ganzen Welt von vornherein zu dokumentieren, daß sie nur das Spiel der französischen Militärs und Imperialisten treiben, daß ihre Bewegung aber nichts zu tun hat mit der Auffassung der breiten Massen, sondern das schroffe Gegenteil vom Selbstbestimmungsrecht einer Bevölkerung ist. Denn unsere Rheinländer wollen von einer Rheinischen Republik nichts wissen, am wenigsten von einer Republik von Hochverräter Gnaden. Aber kein Zweifel, der Separatismus, die Agitation für die Losrennung des Rheinlandes von Deutschland und speziell von Preußen geht um, dank der eifrigen Tätigkeit einer französischen Propaganda. Wo aber findet diese ihren Eingang? Es ist bezeichnend, daß die Kreise, die sich sonst überall als „national“ gebärden, am ehesten auf den französischen Gimpelzug hereinfallen. Verlocken durch französische Versprechungen lassen sich die politischen und wirtschaftlich gleich reaktionären Kreise des sogenannten gewerblichen und bäuerlichen Mittelstandes. Diese Kleinkrämerseelen erwarten von einer Rheinischen Republik eine Förderung ihrer kleinlichen Lebensinteressen. Der Hausbesitzer erwartet die Aufhebung der ihm so verhassten Wohnungszwangswirtschaft, um ungehemmt mit den Wohnungen wuchern zu können. Der Händler erwartet die Beseitigung der Wuchererregulierung, um ungehindert Profite machen zu können. Der Bauer erwartet, daß jeder Eingriff in seine „freie Wirtschaft“ unterbleibt, damit er seine Erzeugnisse zum Weltmarktpreis und darüber loschlagen kann. Handwerksmeister und Fabrikanten erwarten schließlich die Beseitigung des Achtstundentages, um Arbeiter und Angestellte wie ehedem schrankenlos ausnützen zu können. Kurz und gut, vom französischen Militarismus, dem Schutzherrn der Rheinland-Republik, erwartet ein Teil jeder Interessentengruppe ihren eigennütigen Vorteil. Ganz Dumme heißen noch auf den Köder an, daß eine Rheinische Republik die Befreiung der Rheinländer von den Lasten des Friedensvertrages bringe. Dem kleinbürgerlichen Egoismus links des Rheins steht als Güter eines wahren Deutschland die große Masse der Hand- und Kopfarbeiter gegenüber, die politisch geschult genug ist, um zu wissen, daß in einer Rheinischen Republik nur die Geschäfte der imperialistischen Reaktion Frankreichs betrieben werden, daß eine Rheinische Republik aber nie und nimmer zum Wohle der Gesamtbevölkerung auschlagen kann.

Von Gekern und heute.

Der Sozialismus ist der Erlöser der menschlichen Gesellschaft aus der geistigen und materiellen Knechtschaft.

In der gegenwärtigen alten göttlichen Weltordnung herrschen: Gott, die Fürsten, die Pfaffen und der Mannon; im sozialistischen Staat regiert der Mensch.

Die Raubritter seinerzeit lagen die Nächte durch auf der Lauer, die von heute wachen bequem am Tage, wofür sie hochgehrt und mit Auszeichnungen belohnt werden. So die göttliche Weltordnung!

Der Sozialismus ist der Erzieher zur gemeinsamen Arbeit für das allgemeine Wohl der menschlichen Gesellschaft.

Durch die Mitgliedschaft eines sozialdemokratischen Vereins bist du keineswegs schon Sozialdemokrat, das heißt ein Mensch, der das Gute aller Menschen will und zu fördern bestrebt ist.

Die Denkfähigkeit vieler Menschen wird durch den konfessionellen Unterricht der Schule und der Kirche oft für das ganze Leben vernichtet.

Die Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen ist ein gewaltiger Faktor der gegenseitigen Erziehung zu Solidarität, Charakter, Willensstärke, allgemeiner Menschenbildung, Menschenwürde, Bruder- und Schwesterliebe.

Wilhelm Raaß.

Es ist nicht ein bloßer frommer Wunsch für die Menschheit, sondern es ist die unerlässliche Forderung ihres Rechts und ihrer Bestimmung, daß sie so leicht, so frei, so gebietend über die Natur, so echt menschlich auf der Erde lebe, als es die Natur nur irgend gestattet. Der Mensch soll arbeiten; aber nicht wie ein Lasttier, das unter seiner Bürde in den Schlaf sinkt und nach der notdürftigsten Erholung der erschöpften Kraft zum Tragen derselben Bürde wieder aufgestört wird. Er soll angstlos, mit Lust und mit Freudigkeit arbeiten und Zeit übrig behalten, seinen Geist und sein Auge zum Himmel zu erheben zu dessen Anblick er gebildet ist. J. O. Fichte.

Genossen, lebet und verbreitet die Arbeiterpresse.

Tages-Neuigkeiten.

Die Kreuzotter mit zwei Köpfen.

Ober was die Hundstagslücke in der Redaktion der „Abwehr“ ausgebrütet hat.

Das Gelächter über die „musikalischen Mäden“ des „Prager Tagblatt“ ist noch nicht verstummt, und schon hat die Naturgeschichte — diesmal nicht in New York — Prag, sondern in Warnsdorf — bei 33 Grad Celsius im Schatten ein neues Wunder geschaffen. In der „Abwehr“, dem Warnsdorfer deutschdemokratischen Blatte, erschien gestern, in Kreuzotterhaut, folgender zweiköpfiger Grubenhund:

Eine mißgebildete Kreuzotter. Daß heuer ziemlich viele Kreuzottern, besonders an sandigen Stellen vorkommen, wurde schon vielfach beobachtet. Eine Seltenheit dürfte aber eine Kreuzotter sein, welche verstofften Freitag von einer Gruppe Felsenbesucher in Wetelsdorf in Ostböhmen auf dem Wege zum „Dome“ gefangen wurde. Der Führer sah den gelbkreuzigen Schuppenkörper im Sande liegen und machte seine Gruppe auf die Gefahr aufmerksam. Als er mit seinem Stode zum Schläge gegen das Tier ausholte, ringelte sich die Schlange auf und gab einen fauchenden Ton von sich. Da bemerkte man die eigenartige Mißbildung ihres Körpers, welcher zwei Köpfe, jedoch ohne Giftzähne auswies. Mit einem aus der Nachbarschaft herbeigeholten Siebe wurde das Tier gefangen, welches ganz zahm erschien und nicht verglichen ist, um zu entweichen. Bei näherem Hinsehen bemerkte man auch noch, daß der Teil hinter dem Kopfe ganz eng wurde, an den sich das Schwanzende angeschlossen, welches einer Blindsehleiche gleich. Das seltene Stück lockte viel Zuschauer herbei. Eine Erklärung für diese Mißbildung ist wohl schwer zu geben, nachdem die Paarung zwischen Kreuzotter und Blindsehleiche nicht glaubhaft erscheint. Das Kuriosum wurde dem anatomischen Institut in Prag zu Studienzwecken überbracht.

Die Anatomen in Prag werden Augen machen! Zwei Köpfe hat sie, ach, an einem Schwanz, diese sympathische Kreuzotter, die ihre Giftzähne im blindsehleichen Mutterleib verlag. Und ganz zahm war das Viecherl. Man hätte es sicherlich ebenso leicht wie die „musikalischen Mäden“ des „Prager Tagblatt“ in einem Trichter fangen können; die in Warnsdorf sind aber noch schlaumer: sie nahmen ein Sieb, vor dessen Löchern die Kreuzsehleiche (oder Blindotter?) ratlos lauchte. Nicht einmal den „ganz engen Teil hinter dem Kopfe“ ließ das Sieb durch. Unter den Felsenbesuchern herrschte eitel Freude: jeder nahm einen der Köpfe des gefangenen Tieres mit sich und so trugen sie die Warnsdorfer Hydra in die Redaktion der „Abwehr“. Die Redakteure schlugen die Hände über dem Kopfe zusammen, denn einer Kreuzotter und einer Blindsehleiche Tochter hatten sie bisher noch nicht gesehen. Wohl aber erinnern sie sich, wiederholt die Paarung einer Fischotter mit einem Schaukelpferd beobachtet zu haben.

Die von den Kommunisten die „Einheitsfront“ gemacht wird. Vom „Sozialistischen Jugendverband“ erhalten wir nachstehende Mitteilung, die wieder einmal beweist, daß die kommunistischen Schwindelpolitiker auch vor den elendesten Mitteln nicht zurücktreten: Die Ortsgruppe Karlsbad des Sozialistischen Jugendverbandes hatte für den 7. und 8. Juli eine Wanderung nach dem sächsischen Grenzort Johanngeorgenstadt angelegt. Sie hatte die Arbeiterjugendorganisation dieses Ortes davon verständigt und die Absicht geäußert, einige Stunden mit den dortigen Genossen zu verbringen. Der Obmann der Johanngeorgenstädter Gruppe war jedoch zwei Wochen vorher zur kommunistischen Jugend übergetreten und benützte diesen Ausflug, um die berühmte kommunistische „Einheitsfront“ herzustellen. Die kommunistische Jugend im Erzgebirge und im Vogtlande wurde mobilisiert, ebenso die kommunistischen Jugendlichen im Karlsbader Kreise, und als unsere 200 Karlsbader Genossen nach Johanngeorgenstadt kamen, erfuhren sie, daß ein kommunistisches Grenzjugendtreffen stattfindet. Ihr Erstannens wuchs aber, als sie im „Nachrichtensblatt für Johanngeorgenstadt“ einen ganz in kommunistischen Stil gehaltenen Aufruf lasen, unter dem an erster Stelle die Sozialistische Jugend in der Tschechoslowakei unterschrieben war, darunter prangten die Namen einiger kommunistischer Organisationen. Den Höhepunkt dieser Frechheit bildete aber die Tatsache, daß für den Sozialistischen Jugendverband der Genosse Florin Weiser aus Karlsbad im Auftrage — wodurch der Anschein erweckt werden sollte, als ginge die ganze Sache im Einverständnis mit dem Verband — unterschrieben war. Genosse Weiser, der Mitglied des Verbandsvorsitzendes des Sozialistischen Jugendverbandes ist, hatte keine blasse Ahnung und nahm überhaupt nur ganz zufällig an der Wanderung teil. Man sieht aus diesem Beispiel wieder einmal, daß den Kommunisten selbst eine offenkundige Fälschung nicht zu schlecht ist, wenn es gilt, für ihre Organisation und ihre Parolen Stimmung zu machen. Noch einfacher als „über die Köpfe der Führer hinweg“ ist eben die „Einheitsfront“ herzustellen, wenn man die Namen dieser Führer ohne ihr Wissen unter Aufsicht setzt.

Galilei „seliger“ Ankläger. Der Name des selbige sprachen Kardinal Norberto Bellarmino, dessen Gebeine kürzlich mit feierlichem Pomp nach der Kirche des heiligen Ignatius in Rom überführt wurden, ruft die Erinnerung an den größten Kampf wach, der je um eine wissenschaftliche Lehre entbrannt ist. Es war der Kampf, den Galilei als Vertreter der kopernikanischen Lehre gegen die Kirche führte, die die Lehre von der Bewegung der Erde für „töricht und absurd vom philosophischen Standpunkt und für teilweise formell lehrerlich“ erklärte und daraufhin am 5. März 1616 das Buch des Kopernikus verboten hatte. Galileis Eintreten für die Lehre trug ihm die Anklage des heiligen Offiziums ein, und Kardinal Bellarmino war der geistige Führer und Leiter dieser hochnotpeinlichen Untersuchung. Am 26. Februar 1616 berief Bellarmino, nachdem das Inquisitionsgericht die Lehre des Kopernikus als lehrerlich verurteilt hatte, Galilei in seine Residenz, um durch Zusage auf ihn dahin einzuwirken, auf die Verteidigung solcher Lehren in Zukunft zu verzichten. Galilei sagte sich dieser Ermahnung, und damit war der große Prozeß von 1616 zuende. Im Jahre 1682 entschloß sich dann Galilei zur Veröffentlichung seines wissenschaftlichen Hauptwerkes über das kopernikanische System, das er in einem neuen Verfahren widerrufen mußte, und das bis 1835 auf dem Index stand. Seitdem darf sich auch im katholischen Weltall die Erde um die Sonne drehen.

„Verbungen“ von Bergarbeitern im Hultschiner Ländchen. Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir in unserer Nummer 235 vom 6. Oktober 1922 einen Bericht, in welchem gegen Herrn Ing. Adolf Ferschel in Marienberg der Vorwurf erhoben wurde, daß er bei der Anwerbung von Bergarbeitern aus der Elbbogener Gegend inkorrekt vorgegangen sei. Wir haben nachträglich festgestellt, daß die Informationen, auf Grund welcher diese Notiz verfaßt wurde, unrichtig waren und daß die gegen Herrn Ing. Ferschel erhobenen Vorwürfe unbegründet sind, und nehmen daher keinen Anstand zu erklären, daß wir die in diesem Artikel enthaltenen, gegen Herrn Ing. Ferschel gerichteten persönlichen Vorwürfe mit dem Ausdruck des Bedauerns vollständig zurückziehen.

Entdeckung eines neuen Kohlenlagers in Mährisch-Osterau. Bei Renarabungen auf dem Schachte „Frana“ in Mährisch-Osterau stieß man, wie gemeldet wird, auf ein neues Kohlenlager, das eine überaus große Mächtigkeit besitzt. Man glaubt, daß nach diesem Funde der Schacht „Frana“ in absehbarer Zeit die erste Stelle im Mährisch-Osterauer Kohlenreviere einnehmen wird. Die Direktion der Schächte Larisch-Mönich trifft Anstalten zur Ausnützung der neu entdeckten Kohlenlager und beginnt schon dieser Tage mit dem Bauen der entsprechenden Gebäude und Bergwerksleistungen.

Eine neue Schwefelquelle. Aus Wien wird gemeldet, daß in der Hauslerlücke in Heiligenstadt eine Schwefelquelle entdeckt wurde. Die Hauslerlücke machte sich schon seit längerer Zeit durch Ausströmen eines starken Schwefelgeruches in der nächsten Umgebung unangenehm bemerkbar. Als man nun, um dieses Uebel zu beheben, das Wasser der Lücke auspumpen wollte, erfolgte an einer Stelle der Lücke ein förmlicher Stoß von tiefbraunem Wasser an die Oberfläche und es zeigte sich, daß dieses Wasser reich schwefelhaltig ist. Der Teichgrund soll nun genauestens untersucht werden, damit man feststellen kann, ob es sich um eine dauernde oder nur um eine wandernde Schwefelquelle handelt.

Aufenthaltsgebühr für Ausländer in Deutschland. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, wird die mitgeteilte Verordnung über die Erhebung von Gebühren mit Goldjollauschlag für Ausländer in Sachen dahin abgeändert werden, daß für Väter und Autorität besondere Erleichterungen getroffen werden.

Eine Amnestie in Sachsen. Der Landtag hat in dritter Lesung die Vorlage über die Gewährung einer Amnestie für alle aus wirtschaftlicher Not begangenen Vergehen, die mit Gefängnis bis zu einem Jahre bedroht oder bestraft worden sind, angenommen.

Cholera in der Ukraine. Die „Gazette Lvowska“ meldet, daß in mehreren Distrikten der Sowjetukraine, besonders in den südlichen Gegenden asiatische Cholera ausgebrochen ist.

Falsche Lirenoten in Budapest. Vor einiger Zeit hat die Budapest Polizei zwei italienische Staatsangehörige, Maria Kanato und Luigi Butolo, verhaftet, da sie große Mengen gefälschter italienischer Banknoten in Umlauf gesetzt hatten. Die weiteren Nachforschungen haben ergeben, daß die Fälscherbande in Triest ihren Sitz hat und ihre Tätigkeit von einem ehemaligen Lehrer Giuseppe Buto geleitet wurde.

Seestürme bei Uruguay. An der Küste von Uruguay wütheten heftige Stürme, die einige Häuser vernichteten. Drei Dampfer sind während des Sturmes gesunken.

Tariffänderungen auf den staatlichen Autobuslinien. Am 1. August l. J. werden — nach einer Meldung des deutschsprachigen Regierungsblattes — Wogen- und Monatsabonnementskarten für sämtliche Autobuslinien der Republik zur Ausgabe gelangen, wodurch dem Publikum, welches regelmäßig staatliche Autobuslinien benützt, entgegenzukommen und auch die Ausgabe der Fahrkarten erleichtert werden wird. Weiters beabsichtigt das Ministerium für Post und Telegraphen neue Tariffälle einzuführen. Diese Einföhrung besteht in der Verminderung der Tariffälle nach den Entfernungen, und zwar: bis zu einer Strecke von 10 Kilometern soll der Preis für einen Kilometer 60 Heller, bis zu 20 Km. 50 Heller und über 20 Km. 40 Heller betragen. Diese Abfindung wird sich jedoch nur auf

längere Strecken beziehen und wird auf allen Autobuslinien von mehr als 30 Km. Länge eingeführt werden. Der 60-Heller-Tarif wird auf kurzen Strecken bis zu 30 Km. keine Aenderung erfahren, da er sowieso minimal ist. Auf allen diesen Strecken wird der bisherige Kilometerpreis von 60 Hellern bestehen bleiben.

Die Kartoffel werden billiger. Die Einföhrung von Maximalpreisen für Kartoffeln in Deutschland ändert ihre Wirkung auch auf dem hiesigen Markt. In Berlin bietet man heute 60 tschechische Kronen pro Meterzentner Kartoffeln franco Berlin an. Infolgedessen sind die Preise für Frühjahrskartoffeln auf den hiesigen Märkten, z. B. in Königgrätz, auf 30 K pro Meterzentner gefallen. Da für die nächsten Tage die Einföhr bedeutender Mengen Kartoffeln aus der Slowakei nach Prag gemeldet ist, dürften die Preise für Kartoffeln auf 30 bis 40 Heller pro Kilogramm sinken.

Festnahme eines gefährlichen Rassenbrechers. In Genf wurde vor kurzer Zeit der 27jährige Josef Bauer aus Pöbanten bei Teplitz festgenommen, der als Rassenbrecher bekannt ist und an dem am 19. Oktober 1922 im Kaslatal der Böhmer Handels-Gesellschaft in Aussig verübten Einbruch beteiligt war. Aus der Kassa der Handels-Gesellschaft entwendete er damals im Verein mit den Brüdern Novotny aus Teplitz — die bereits längt verhaftet sind — gegen eine Million Kronen und entloß spurlos. Jetzt hat in sein Schicksal in Genf ereilt.

Beim Fußballspiel ermordet. In Tielowitz in Mähren geriet der 17jährige Paul Zepanek mit dem 16jährigen Jaroslav Dvořak bei einem Fußballspiel in Streit. Wütend zog Zepanek ein Messer und versetzte dem Dvořak einige Stiche in die Brust. Der Schwerverletzte starb im Krankenhaus.

In den Riemen geraten. Der Arbeiter Anton Dohna war gestern in der Papierfabrik Emmrich in Prag VII. damit beschäftigt, einen Riemen auf eine in Gang befindliche Maschine zu werfen. Dabei erfaßte der Riemen seine Hand und riß ihm den Arm aus der Schulter heraus. Der Schwerverletzte wurde ins Allgemeine Krankenhaus transportiert.

Fassadenkletterer. In Karlsbad sind in den letzten Tagen in einigen Häusern Einbrüche auf die Weise verübt worden, daß drei Kurischen an der Fassade dieser Häuser in die Höhe kletterten und durch offenehende Fenster in die Wohnungen eindrangen. Man hat zwei dieser Täter bereits in Marienbad verhaftet.

Anfall beim Baden. Bei der Certovka in Prag badete gestern der 14jährige Bohumil Sedlner in der Moldau und zog sich dabei durch einen Flaschenstich eine tiefe Schnittwunde zu. Er mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Ein Kreis von einem Auto überfahren. In Prag-Lieben wurde gestern der 69jährige Handelsangestellte Anton Radhauky von einem Auto niedergestoßen, überfahren und verletzt. Gegen den Wagenlenker wurde die Strafanzeige erstattet.

Weshalb die Rüben den Feigen vorzuziehen sind. Ein Kraber brachte seinem Herrn als Angebinde ein Bünd dicker, ungewöhnlich großer Rüben, auf deren Sucht er nicht wenig stolz war. Als Gegenbescheid erhielt er von dem dankbaren Herrn einen Haufen Silbermünzen, die ihn bestimmten, einige Tage darauf die Sachz zu wiederholen. Er brachte diesmal einen Zweig saftiger Feigen, trotz es aber schlecht; denn der Herr hatte nicht gut geschlafen und war deshalb nervös und übler Laune. In seinem Unmut nahm er den Zweig und schlug ihn dem verblüfften Kraber um die Ohren. Ohne ein Wort zu verlieren, kniete dieser auf dem Teppich nieder und dankte Allah und Mohamed mit heißen Worten für die Güte, die ihm zuteil geworden sei. „Du Dummkopf, was tust du da“, rief der Herr, „du hast es gerade nötig, dem Himmel zu danken! Was denkst du dir eigentlich dabei?“ „Ich denke“, antwortete der Kraber, „daß du mich, wenn du das letzte Mal auch schlechter Laune gewesen wärest, statt mit diesen weichen saftigen Feigen mit den schweren Rüben bearbeitet hättest. Ist das nicht Grund genug, um Allah zu danken und die Vorsehung zu preisen?“

Der Mensch schuf Götter, diese wieder Menschen, die wieder Götter, wieder Menschen die. So zwischen seinem Sein und Wiedersichin umhergeworfen, wächst der Mensch.

Morgenstern.

Gerichtssaal.

Der Prozeß gegen die Mitschuldigen Soupals.

Der seinerzeit bis zur Beendigung des Soupal-Prozesses verhaftet wurde, wird nach einer Meldung der „Prager Presse“ erst in einigen Wochen stattfinden. Nach der Erledigung der Nichtigkeitsbeschwerde im Prozesse Soupal durch das Oberste Gericht werden die Akten dem Staatsgericht in Brünn übergeben werden, welches dieselben nach Verständigung des Verurteilten von der Entscheidung des Obersten Gerichtes an das Brünnener Landesstrafgericht abtreten wird. Das Landesstrafgericht in Brünn wird Johann den Strafvollzug und die Ueberführung Soupals in die Strafanstalt Märan in Mähren anordnen. Erst dann werden sämtliche, den Prozeß Soupal betreffende Gerichtsakten, ohne die die Verhandlung gegen die Mitschuldigen Soupals ausgeschlossen erscheint, dem Prager Landesstrafgericht abgetreten werden, das die Verhandlung anordnen wird.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Sozial-Attachés.

Unter vorstehendem Titel habe ich im Jänner 1921 im ersten Heft der vom Internationalen Gewerkschaftsbund herausgegebenen Zeitschrift „Die Internationale Gewerkschaftsbewegung“ einen kurzen Artikel veröffentlicht, der sich mit einem Beschlusse des Internationalen Gewerkschaftskongresses vom Jahre 1919 beschäftigte. Durch einen von Appleton-England, Jouhaux-Frankreich und Sassenbach-Deutschland gestellten Antrag, der einstimmig Annahme fand, wurden die Regierungen aufgefordert, ihren Vertretungen in den hauptsächlich in Betracht kommenden Ländern aus der Arbeiterbewegung hervorgegangene Sozial-Attachés beizugeben, die von den Gewerkschaften vorzuschlagen sind. In demselben Artikel habe ich die Aufgaben der Sozial-Attachés und die Eigenschaften geschildert, die eine solche Persönlichkeit haben muß. Ich konnte dabei darauf hinweisen, daß die deutsche, schwedische und norwegische Regierung bereits den Anfang mit einer solchen Vertretung gemacht hatten.

Es dürfte jetzt an der Zeit sein, auf diese Angelegenheit zurückzukommen, da die Gefahr besteht, daß dieser Beschluß eines internationalen Kongresses in Vergessenheit gerät. Die norwegische Regierung hat bereits ihren Berliner Sozial-Attaché zurückberufen, in Schweden bestand einmal dieselbe Absicht und die Stelle, die ich selbst als einziger deutscher Sozial-Attaché bei der Postfach in Rom einnahm, ist noch nicht wieder besetzt. Von weiteren Ernennungen von Sozial-Attachés ist mir nichts bekannt.

Meine Tätigkeit in Rom hat mich in der Auffassung bestärkt, daß die Arbeiterschaft darauf bestehen muß, bei der Vertretung ihrer Länder in fremden Staaten beteiligt zu sein. Die Vertretung im Auslande, sowohl in leitenden wie nachgeordneten Stellen ist bisher von wenigen Ausnahmen abgesehen, das Privilegium einer besonderen Schicht gewesen, auch in solchen Ländern, in denen die Arbeiterschaft einen großen Einfluß auf die innere Verwaltung hat. Dieses ist teilweise darauf zurückzuführen, daß in vielen Staaten durch die Kriegsfolgen eine Anzahl Personen, die früher im auswärtigen Dienst tätig waren, noch nicht untergebracht werden konnten. Die Arbeiterschaft kann indessen mit ihren berechtigten Ansprüchen nicht warten, bis der letzte Legationsrat oder Attaché wieder einen Wirkungskreis gefunden hat.

An die Hinsufügung von Sozial-Attachés zu allen Auslandsvertretungen braucht dabei nicht einmal gedacht zu werden, es genügt als Anfang, wenn sie dort eingeschleiert werden, wo besondere Umstände dieses wünschenswert machen. Für England dürfte dieses in erster Linie bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika und bei den eigenen Kolonien der Fall sein; für Deutschland bei den angrenzenden Ländern Polen, Tschechoslowakei und Rußland; die Arbeiterschaft der Nachfolgestaaten der ehemaligen Oesterreich-ungarischen Monarchie hat ebenfalls ein großes Interesse daran, bei der gegenseitigen Vertretung beteiligt zu sein. Italien, Polen und die Tschechoslowakei senden viele Arbeiter nach Frankreich, über deren Behandlung öfters geklagt wird. Sozial-Attachés könnten dort gute Dienste leisten. Sobald eine größere überseeische Auswanderung wieder möglich wird, dürfte die Arbeiterschaft sowohl der Auswanderungs- wie der Einwanderungsländer daran interessiert sein, bei ihren Auslandsvertretungen einen Vertrauensmann zu haben.

Es dürfte sich empfehlen, daß die Gewerkschaften aller Länder diese Gelegenheit von neuem aufnehmen und mit Anträgen an ihre Regierungen herantreten; es dürfte sich aber auch empfehlen, bereits jetzt gewisse Vorbereitungen zu treffen. Welche Eigenschaften ein Sozial-Attaché haben muß, mag in dem zu Anfang erwähnten Artikel nachgelesen werden, nur eine Eigenschaft sei hier besonders hervorgehoben: Kenntnis der Sprache des Landes, in dem der Sozial-Attaché seine Tätigkeit ausübt.

Könnten nicht die Gewerkschaften, die unbedingt ein Vorschlagsrecht verlangen müssen, bereits jetzt Umschau nach geeigneten Personen aus ihren Reihen halten und diese veranlassen, sich mit dem Studium einer bestimmten Sprache zu beschäftigen? Wenn es auch später nicht zu einer Ernennung kommen sollte, so wäre kein Unglück angerichtet, denn die Kenntnis einer fremden Sprache wird einem Menschen immer dienlich sein. Wenn die Gewerkschaften in Stande sind, jederzeit geeignete Personen vorzuschlagen, werden ihre berechtigten Ansprüche leichter durchzusetzen sein, als wenn sie beschämt zugestehen müssen, daß sie keine Anwärter nennen können.

Johann Sassenbach.

Der Angriff auf die Löhne der ostböhmerischen Arbeiterschaft scheint ein allgemeiner zu sein. Nach den Gasarbeitern kommen nun die Textilarbeiter daran. Wie das „Trautenauer Echo“ berichtet, wurden die Verträge in der Bleichetindustrie gekündigt und laufen am 31. Juli ab. Die Unternehmer verlangen einen neuerlichen Lohnabbau von nicht weniger als 15 Prozent des bisherigen Lohnes! Die Verhandlungen, die diesbezüglich am 10. Juli geführt wurden, sind infolge der Hartnäckigkeit der Unternehmer gescheitert, weswegen die Arbeiter der Bleichereien in Trautenauer Gebiet beschlossen haben, in den Streik zu treten. Es handelt sich um ungefähr 200 Arbeiter. Auch in der Zündindustrie verlangten die Unternehmer einen Abbau von 15.8 Prozent und gingen dann bei den Lohn-

Verhandlungen vom 6. Juli auf 38,5 Prozent zurück. Die Arbeiter haben diese unterschätzten Forderungen der Unternehmer abgelehnt und werden vermutlich am nächsten Montag in den Streik treten.

Die Absperrung im Prager Baugewerbe. Der Deutsche Bauarbeiterverband (Sitz Reichenberg) teilt uns mit, daß außer den Bauarbeitern auch die Maler und Lackierer ausgesperrt wurden.

Abbau des Protektionismus in der Handelspolitik? Wie die „Narodni Politika“ zu berichten weiß, denkt man im tschechoslowakischen Handelsministerium daran, Erleichterungen im Handelsverkehr einzuführen.

Die tschechische Krone notiert in: Zürich Schw. Frank 17.22'50 Berlin Mark 5680.00 Wien österr. Kr. 2155.00

Prager Kurze am 13. Juli. Geld Ware 100 holl. Gulden . . . 1310 50 1314 50 10.000 Mark 1.40'00 1.67'00

Zürcher Schlusskurze am 13. Juli. Geld Ware 100 holl. Gulden . . . 1310 50 1314 50 10.000 Mark 1.40'00 1.67'00

Bereinsnachrichten. Touristenverein „Die Naturfreunde“ Ortsgruppe Prag. Sonntag, den 15. Juli, Sonntag-Exkursion: Čerchowitz.

Unser Genossenschaftsauf der landwirtschaftlichen Ausstellung in Moskau. Auf der allrussischen landwirtschaftlichen Ausstellung in Moskau werden auch der Verband deutscher Wirtschaftsgenossenschaften und die Großhandels-Genossenschaft der Konsumvereine ausstellen.

Der Gewerkschaftsbund teilt mit: Die Gewerkschaften sind im eigenen Interesse verpflichtet, der Heranziehung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, sowohl der gelerntten als der ungelernten, die größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Landeszentralen besondere Einrichtungen für die Propaganda unter der arbeitenden Jugend geschaffen haben. Die internationale Zusammenfassung dieser Arbeit erfolgt durch den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam.

Der Gewerkschaftsbund Belgiens feiert am 29. Juli sein 25-jähriges Bestehen. In Verbindung hiermit soll in Brüssel eine große nationale Massenkundgebung stattfinden.

Devientkurze. Die tschechische Krone notiert in: Zürich Schw. Frank 17.22'50 Berlin Mark 5680.00 Wien österr. Kr. 2155.00

Prager Kurze am 13. Juli. Geld Ware 100 holl. Gulden . . . 1310 50 1314 50 10.000 Mark 1.40'00 1.67'00

Zürcher Schlusskurze am 13. Juli. Geld Ware 100 holl. Gulden . . . 1310 50 1314 50 10.000 Mark 1.40'00 1.67'00

Bereinsnachrichten. Touristenverein „Die Naturfreunde“ Ortsgruppe Prag. Sonntag, den 15. Juli, Sonntag-Exkursion: Čerchowitz.

Herausgeber: Dr. Lubmij Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.

Kunst und Wissen.

Letztes Gastspiel Mario Chamlee-Newyork. Der amerikanische Tenor verabschiedet sich heute Samstag als Sir Edgardo in Donizettis „Lucia von Lammermoor“ vom Prager Publikum.



Bank für Brauindustrie in Prag. Offizielle Bankstelle der Brauindustrie-Organisation der Cechoslovakischen Republik. Filialen: Brünn, Schüttenhofen, Trnava (Slovakien).

Warnung!! Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse bei Ihrem Konsumverein od. beim Kaufmann ausschließlich nur den bestbewährten Fliegenfänger KOH-I-NOOR.

Schutz der Republik. Erläuterung des Gesetzes v. 19. März 1923. Im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei erschienen.

Im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei erschienen. 72 Seiten kart. Das Buch enthält den gesamten Text des Gesetzes zum Schutz der Republik vom 19. März 1923.

besonderes Interesse durch die Mitwirkung der ersten Solosängerin der Newyorker Metropolitan-Oper, Frau Ruth Miller, in der Titelrolle. Neues Theater. Heute Samstag Gastspiel Miller-Chamlee „Lucia von Lammermoor“.



In jeder Familie werden BERTSON-Gummiabsätze und Gummisohlen getragen, denn sie helfen sparen und schaffen Freude! BERTSON Gummiabsätze und Gummisohlen lassen Sie sich von Ihrem Schuhmacher anbringen.

Insertieren Sie im Sozialdemokrat!

VII. INTERNATIONALE PRAGER HERBSTMESSE VOM 2.-9. SEPTEMBER 1923. Mehr als 3000 erstklassige Firmen als Aussteller. Besichtigt Prag, eine der schönsten Städte der Welt.

Die Ursache. Roman von Leonhard Frank. Schnell sah er den verstörten Einäugigen beim Kerzen. „Ganz privat, als Psychologe, möchte ich Ihnen eine Frage vorlegen.“

Rur in seinen Träumen wurde das Urteil endlich an ihm vollstreckt. In den folgenden Nächten wieder. In einer Nacht siebenmal; dabei sah er auf dem Dache des Lustgebäudes als Lichttransparent das Wort „Training“ verlöschen.

Im Halbschlaf schien sie ihm ein riesengroßes, sich schwer bewegendes, graues Tier zu sein. Zugleich mit ihr kam edr Geschworene lautlos durch die verschlossene Tür, stellte sich in die Ecke und blickte mit seinem Auge unverwandt den Dichter an.

mehr mit Ihnen zu schaffen haben, weil Sie ihm zu böse sind“, sagte der Einäugige. „So habe ich es auch meinem Dienstmädchen erklärt.“ Ihrem Dienstmädchen hätten Sie das nicht sagen sollen.